

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

927

Abonnementpreis mit der tgl. Unterhaltungsbeilage **Leben, Wissen, Kunst** für den Frauen- und Jugendzweig einwöchentlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 2,75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 3.—. Erscheint tgl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telefon 3465.
Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Zwingerstraße 21. Telefon 1769.
Schließzeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltigen Zeilen mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 223.

Dresden, Freitag den 25. September 1908.

19. Jahrg.

Werbet Leser der Dresdner Volkszeitung!

Jeder hat das Recht, von seiner Zeitung zu fordern, daß sie seine Interessen vertritt. Wenn die Träger des Ausbeutertums die Presse unterstützen, die vom Kapital ausgehalten wird, kann niemand ihnen das verdenken. Wenn aber ein Arbeiter solche Blätter anschauen läßt, begeht er einen Verrat an sich selbst, einen Verrat an seinen Klassen Genossen.

Jeder Arbeiter, der denkend seine Klassenlage erfährt hat und das unaufrichtige Treiben seiner Gegner und Feinde durchschaut, muß sich mit Ekel von der Presse abwenden, die in den Händen von Arbeiterfeinden zum Verrat an den Volksinteressen mißbraucht wird.

Jeder Arbeiter hat darum die Pflicht, seine Zeitung, die **Dresdner Volkszeitung** zu unterstützen.

Die **Dresdner Volkszeitung** gibt ihren Lesern in Beilagen, Übersichten und einem umfassenden Nachrichtenenteil einen Überblick über alle wichtigen Vorgänge des In- und Auslandes auf politischem Gebiete.

Die **Dresdner Volkszeitung** beschäftigt sich eingehend mit allen Ereignissen in Dresden und in Sachsen. Keine andere Tageszeitung Dresdens ist in der Lage, die tatsächliche Realpolitik mit der Schärfe zu beleuchten, wie es die **Dresdner Volkszeitung** für ihre Pflicht und Schamhaftigkeit hält. An Stelle der Hofnachrichten, mit denen die bürgerliche Presse ihre Leser beglückt, bringt die **Dresdner Volkszeitung** Tatsachen, in denen die Rechtslosigkeit und Vergeßlichkeit der Klassen grell zum Ausdruck kommt.

Die **Dresdner Volkszeitung** widmet den Lebensbedingungen aller Zweige der modernen Arbeiterbewegung sorgfältigste Aufmerksamkeit. Im besonderen wird allen Fragen der Gewerkschaftsbewegung reges Interesse entgegengebracht.

Die **Dresdner Volkszeitung** berücksichtigt auf das eingehendste die Interessen der Frauen; sie hat ihren Inhalt und Umfang durch Schaffung einer Jugendbeilage erweitert, die Helferin sein will in der Arbeit an der Erziehung des heranwachsenden Geschlechts.

Die **Dresdner Volkszeitung** verfügt in ihrer Beilage „Leben, Kunst und Wissen“ über einen ausgedehnten Feuilletonenteil, der durch sorgfältigste Auswahl nur besten Lesestoffes seinen Wert erhält und den vielseitigsten Interessen gerecht wird. Eine Reihe von Mitarbeitern, die auf den Gebieten des künstlerischen Lebens sachkundig sind, gibt die Sicherheit, daß alles Kulturwollen lebhafteste Förderung findet. In jedes Arbeiterhaus gehört die

Dresdner Volkszeitung!

An die Partei!

Partei Genossen! Der Parteitag in Nürnberg hat sich in gründlicher Verhandlung mit der Frage der Budgetbewilligung in den Landtagen beschäftigt. Einer Frage von großer grundsätzlicher Bedeutung, die schon vor dem Parteitag in der Presse und in Versammlungen lebhaft diskutiert worden ist. Nachdem nun der Parteitag in der Sache entschieden hat, darf erwartet werden, daß der Beschluß von allen Genossen beachtet wird und die Genossen von Süd und Nord nach wie vor in der alten, geschlossenen und stürmerprobten Phalanx den gemeinsamen Kampf gegen die herrschenden Klassen weiterführen werden.

Große Anforderungen stellt die nächste Zukunft an die Tätigkeit der Parteigenossen. In der Reichspolitik werden Fragen erörtert und entschieden, die das Interesse der Arbeiterklasse auf das stärkste berühren. Die Finanznot des Reichs ist eine notwendige, immer wiederkehrende Erscheinung des von der Sozialdemokratie bekämpften Militarismus. Die von Bismarck eingeleitete Blut- und Eisenpolitik braucht Kriegsgelddruck, um den Militarismus steigern zu können. Während die arbeitenden Klassen aller Länder in mächtigen Demonstrationen ihre Friedensliebe und ihren Abscheu gegen den Massenmord zum Ausdruck bringen, behaupten die Vertreter der herrschenden Klassen, daß die Völker blutiger sein und treiben unter diesem Vorwand die Rüstungen weiter. Die ins maßlose gesteigerten Rüstungen zu Wasser und zu Lande müssen mit Notwendigkeit den Bankrott des Reiches herbeiführen! Der Arbeiterklasse, die immer gegen die Kriegsgelddruck und Rüstungen Front gemacht hat, wird man jetzt weitere Lasten aufbürden, indem neue Steuern geschaffen und alte Steuern erhöht werden sollen, die in erster Linie die Arbeiterklasse

treffen. In der Bekämpfung dieser neuen Steuerpläne muß die Sozialdemokratie die Führung übernehmen!

Es gilt die Massen aufzuklären über die Reichspolitik, die eine Politik zur Förderung der Interessen der Reichen ist. Auf dem Landtage behauptete der Staatssekretär Dernburg 1907 in einer Wahlrede, daß das „Nationalvermögen“, d. h. das Eigentum der Besitzenden, in 20 Jahren um 30 Milliarden gestiegen sei. Die Veranlagung zur Ergänzungsteuer in Preußen beweist, daß diese Behauptung keine Übertreibung war. Die Besitzer dieser Milliarden will man aber nicht mit direkten Reichssteuern belasten! Sie sollen geschont werden. Zahlungsfähig sind nach Ansicht der Herrschenden nur die Armen, aus deren Taschen man durch den 1902 geschaffenen Wuchertarif die Summen zur Vereinerung der Großgrundbesitzer nimmt. Den Armen will man in dieser Zeit der Teuerung und der Arbeitslosigkeit abermals 400 bis 500 Millionen Mark neuer Steuern auferlegen.

Daß eine Regierung, die so die Interessen der Reichen vertritt, unfähig ist, eine ernsthafte Sozialpolitik zu treiben, beweisen die Novellen zur Gewerbeordnung, der Entwurf des Gesetzes über die Arbeitskammern usw. In der Zeit der rapiden wirtschaftlichen Entwicklung, in der die Unternehmer sich zu mächtigen Verbänden zusammenschließen, um den Arbeitern und Angestellten die brutale Macht der Kapitalisten fühlen zu lassen, muß der Mangel jeglichen Fortschritts in der Sozialreform auch von den Leuten schmer empfunden werden, die unserer Partei noch fernstehen.

Es gilt daher auch die Gleichgültigsten aufzurütteln, damit sie teilnehmen an dem Kampfe gegen die Bedrückung der Armen mit neuen Steuern; es gilt alle Arbeiter zu begeistern für die Idee des Fortschritts der sozialen Gesetzgebung.

Partei Genossen! Es muß in die Tat umgesetzt werden, was der Parteitag nach eingehenden Beratungen beschlossen hat. Unablässig muß an dem Ausbau der Organisation gearbeitet werden; es gilt die Einigkeit des Proletariats zu fördern und dessen Macht zu erhöhen!

Viele Arbeiter stehen dem Befreiungskampfe des Proletariats noch fern. Sie aufzuklären über unsere Grundsätze und Forderungen und sie als Mitglieder unserer Organisationen zu werben, muß das Streben aller Sozialdemokraten sein! In allen Bundesstaaten des Deutschen Reiches können nun die Frauen Mitglieder der politischen Vereine werden; sie als gleichberechtigte Streiter in unsere Reihen einzugliedern ist eine der vornehmsten Aufgaben der nächsten Zukunft!

Die Zeit der wirtschaftlichen Krise, in der Hunderttausende fleißiger Arbeiter brotlos sind, ist besonders geeignet, neue Anhänger für unsere Partei zu gewinnen, weil die Fänge der kapitalistischen Produktion mehr sichtbar werden und der Charakter des Staates als Staat der Besitzenden, als Klassenstaat unverhüllt zutage tritt. Wenn in solchen Zeiten die Ausgebuiteten und Unterdrückten die Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie kennen lernen, dann erfassen sie nicht nur deren Richtigkeit, sondern begeistern sich auch für die Durchführung unserer Forderungen!

Darum vorwärts, Genossen!
Früh auf ans Werk! Agitiert! Organisiert!

Hoch die Sozialdemokratie!

Berlin, im September 1908.

Der Parteivorstand.

Bebel, Eberhard, Ebert, Gerich, Wolfenbuehr, Müller, Pfannkuch, Singer, Wengels, Lieb.

Partei Genossen! Die Konstituierung des Parteivorstandes ist erfolgt. Die Adresse des Parteivorstandes ist wie bisher:

W. Pfannkuch, Berlin SW 68, Lindenstraße 69.

An diese Adresse sind sämtliche für den Parteivorstand bestimmte Zuschriften und Drucksachen zu richten.

Alle Geldsendungen sind nur an den Parteikassierer

K. Gerich, Berlin SW 68, Lindenstraße 69

zu adressieren.

Alle Zuschriften betreffend die Frauenagitation sind an

D. Waader, Berlin SW 68, Lindenstraße 3

zu richten.

Die Adresse des Bildungsausschusses lautet wie bisher:

S. Schulz, Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Zur Kontrolle des Parteivorstandes und als Widerspruchsinstanz ist die aus neun Personen bestehende, im § 24 unseres Organisationsstatuts vorgesehene Kontrollkommission gewählt. Dieselbe hat sich im Anschluß an den Parteitag in Nürnberg konstituiert und sind alle Zuschriften und Beschwerden für dieselbe an

K. Raden, Gohlis bei Dresden

zu richten.

Der Parteivorstand.

Nationalliberale und Reichsfinanzreform

Der Reichsschatzsekretär verfolgt die Absicht, seine Steuerpläne mit den führenden Parlamentariern der bürgerlichen Parteien möglichst ins Reine zu bringen, um dann das deutsche Volk der Steuerzahler vor vollendete Tatsachen zu stellen. Diese wohl berechnete Geheimnistuerei des Herrn Sydow wird nun allerdings durch die Plauderei einiger Eingeweihter ein wenig gemildert. So bringt jetzt die nationalliberale Kölnische Zeitung einen umfangreichen Artikel, der ihr „aus Berliner parlamentarischen Kreisen“ geschrieben wurde. Der Artikel weiß einige Mittelungen über die Steuerprojekte zu machen, ist aber auch deswegen interessant, weil er einen Einblick gewährt in die Evidenz der Parteikonkurrenz, die bei der Vorbereitung der neuen Steuerlisten in die Erscheinung tritt.

Der nationalliberale Parlamentarier teilt zunächst mit, daß Branntwein, Bier und Tabak der Reichsliste an Reinerträgen ein Mehr von 280 Millionen bringen sollen. Die Branntweinbelastung soll auf dem Wege des Rohspiritusmonopols erfolgen. Das Bier soll 100 Millionen mehr bringen. Wird, so heißt es weiter, die Zigarre mehr belastet, so muß natürlich in dem entsprechenden Verhältnis die Zigarette folgen, die Zigarettensteuer wird entsprechend erhöht werden. Daran soll sich die Weinsteuern anschließen, deren beabsichtigter Ertrag nicht mitgeteilt wird. Sodann die Nachlaststeuer; „zusammen mit der Einschränkung des Intestaterbrechts soll sie wohl 100 Millionen einbringen“. Um die 500 Millionen Reichsbudgetbedarf zu machen, wird sodann eine Steuer auf Gas und Elektrizität, ferner auf Inzerate vorgeschlagen; erstere Steuer soll 50—55 Millionen bringen, die Inzeratensteuer 25 Millionen. Schließlich soll durch die Normierung der Matrularbeiträge auf 80 Pf. pro Kopf der Bevölkerung ein Mehr von 26 Millionen für die Reichsliste geschafft werden.

Mit diesen Mittelungen über den Inhalt der Sydow'schen Steuerpläne verbindet der nationalliberale Parlamentarier seine Betrachtungen über die Stellung der Parteien zu den einzelnen Vorlagen. Die erste Hauptfrage werde sein, ob sich der Freisinn entschließen wird, für das Rohspiritusmonopol einzutreten. Das Zentrum sei sicher gegen dieses Monopol; verfolge nun der Freisinn, so werde das Zentrum die ganze Finanzreform nach jeder Art einzutreten trachten, es werde sich mit den Konservern verbinden, die Nationalliberalen würden in die Zwangslage gesetzt werden, mit diesen beiden Parteien zu gehen, und der Freisinn werde ausgeschlossen; dann sei die Lage vor der Reichstagsauflösung wieder hergestellt. Ueber Bier-, Tabak- und Weinsteuern dagegen glaubt der Gewählmann der Kölnischen Zeitung eine Einigung unter den Blockparteien erwarten zu dürfen. Größere Schwierigkeiten werde wieder die Nachlaststeuer bieten; das Zentrum lehne sie ab und es liege die Befürchtung nahe, daß der Bund der Landwirte, dem die Verbindung mit dem Liberalismus ein Dorn im Auge ist, hier die Zentrumsküste bloßen wird“. Die Steuern auf Gas und Elektrizität sowie die Inzeratensteuer würden kaum Aussicht auf Annahme im Reichstag haben. Dafür würden wohl die Matrularbeiträge höher als in der Regierungsvorlage eingeführt werden müssen.

Der nationalliberale Parlamentarier gelangt zu dem Schluß, daß eine schwere Aufgabe den Reichstag erwoarte. „Für die Blockpolitik, ruft er aus, beginnt eine gefährliche Periode“ und er beschwört die Blockparteien, die Wiederkehr der Zentrumshegemonie zu verhindern und selbst die große nationale Aufgabe zu lösen. Verfolge der Block, so werde die Regierung vor die erste Entscheidung gestellt, an das Volk zu appellieren und den Reichstag aufzulösen.

Alle diese Betrachtungen zeigen, wie mühsam das Steuerwerk zustande gebracht werden wird. Die Mühsamkeit und der Argwohn der bürgerlichen Parteien gegeneinander werden zugeföhrt entfesselt sein und eine Intrigenwirtschaft jenseitigen wird betrieben werden. Nur darin sind sie sich alle einig, daß die Wucht der neuen Steuern auf den Konsum der Massen gelegt werden soll; Steuern auf den Besitz sollen kaum mehr als eine kleine Deflation bilden. Es wird die ehrenvolle Aufgabe der Sozialdemokratie sein, in diesem Wirrwal der kapitalistischen Parteintrigen ihr wahrhaft volkswirtschaftliches Steuerprogramm kraftvoll zu vertreten.

Eine Bemerkung des Parlamentariers der Kölnischen Zeitung ist noch erwähnenswert. Bei Besprechung der Nachlaststeuer sagt er:

„Die nationalliberale Reichstagsfraktion hat früher nicht eine Reichs Einkommensteuer, wohl aber eine Reichsvermögenssteuer vorgeschlagen. Kommt es über die Finanzreform zu einer Reichstagsauflösung, so wird man erkennen, wie populär eine Reichsvermögenssteuer ist.“

Diese Bemerkung verdient sorgfältig festgehalten zu werden. Die Nationalliberalen gedenken offenbar im Trüben zu fischen, indem sie eine Reueigung für die allerdings sehr populäre Vermögenssteuer zur Schau tragen. Solche Redensarten bedeuten aber nichts, gar nichts! Die Nationalliberalen hätten die Pflicht, die Einführung der Reichsvermögenssteuer auch wirklich zu beantragen und als unerlässliche Bedingung der Finanzreform zu fordern. Wenn sie dies nicht tun, so bleibt ihr Verstehen von der Reichsvermögenssteuer nichts als elendeste Heuchelei. Und läme es, wozu die bürgerlichen Parteien es freilich nicht kommen lassen werden, wegen der Finanzreform zur Reichstagsauflösung, so würde die Sozialdemokratie dem Volke ein Licht aufzusteden wissen über diese nationalliberalen Jesuiten.